

Neuer Turm bald in Remtengrün

Adorfer Parlament legt Widerspruch gegen neue Bauschuttgebühren ein – Vorwürfe gegen Weller zurückgewiesen

ADORF (gg). Ob die kommunale Investitionspauschale für dieses Jahr wieder ausgereicht wird, wo im neuen Sparprogramm der Bundesregierung die Grenzen bei der Angleichung der Löhne Ost und West liegen, wann die Vorruhestandsregelung wieder in Kraft tritt, waren Fragen, mit denen das Adorfer Parlament die SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Matthäus-Maier am Montagabend konfrontierten.

Die Höhe der Investpauschale stehe noch nicht fest, der Solidar-pakt habe dazu Fortschritte gebracht, deutete Matthäus-Maier an. Das Sparprogramm habe keinen Endpunkt. Das Problem sei, daß man den Ostdeutschen die Wahrheit über die Kosten der Einheit verschwiege. Zur Vorruhestandsregelung habe die SPD einen Antrag gestellt. Matthäus-Maier glaubt, daß der Bundestag nicht daran vorbeikommt. 100.000 Arbeitslose kosten 2,5 Milliarden Mark, plus entgangene Steuern und Sozialabga-

ben, verglich die Finanzexpertin. Sie interessierte sich dafür, was mit Kindern arbeitsloser Mütter oder Eltern geschieht. Alleinstehende arbeitslose Mütter oder Mütter, deren Ehemann arbeitslos ist, hätten keine Chance für eine neue Arbeitsstelle, meinte Abgeordnete Gabriele Görnitz (SPD). Daher sinke auch die Geburtenrate. Bei den Öffnungszeiten der Kindergärten sei es einer Frau nicht möglich, einer achtstündigen Arbeit nachzugehen.

Interessiert verfolgte Ingrid Matthäus-Maier den Nachtragshaushalt für dieses Jahr. Kämmerer Stefan Fochtmann verwies eingangs darauf, daß die Personalkosten weit unter dem Durchschnittswert im Land Sachsen liegen. Der Verwaltungshaushalt steigt in Einnahmen und Ausgaben um 3,4 Millionen auf 11,8 Millionen Mark, der Vermögenshaushalt um 4,3 Millionen auf 12,2 Millionen Mark. Darin enthalten sind Ausgaben für den Erwerb des Rüstwagens für die Feuerwehr und den Neubau des Feuerwehr-

gerätehauses, die Sanierung des Gebäudes Markt 3a sowie Straßenbaumaßnahmen. Wie die vergleichsweise geringen Personalausgabe zustande kämen, ob Aufgaben an freie Träger übertragen wurden, wollte die Bundestagsabgeordnete wissen. Dies sei durch Personalabbau und „Kündigungen in Größenordnungen“ geschehen, erläuterte Fochtmann. Freie Wohlfahrtsverbände könnten die Kommune noch nicht entlasten. Mit einer Stimmhaltung nahmen die Abgeordneten die Nachtragsatzung an.

Unmut rief bei den Abgeordneten die Information von Sachgebietsleiter Thomas Hamberger hervor, wonach sich die Deponiegebühren mit dem gestrigen Tag von 35 auf 85 Mark pro Quadratmeter Bauschutt erhöhen. Das führe dazu, daß die Säcke wieder im Wald abgeladen werden, prophezeite Abgeordneter Günter Glaß (CDU). Das Parlament beschloß einstimmig, Widerspruch beim Entsorgungsverband Vogtland einzulegen und

das Regierungspräsidium als Rechtsaufsichtsbehörde anzurufen.

Der Aussichtsturm in Remtengrün wird wieder aufgebaut. Der Fördermittelbescheid sei eingetroffen. „Wir sind stark im Zugzwang, denn der Turm soll im Verlauf des Sommers fertig werden“, berichtete Bürgermeister Christian Heidan. 90 Prozent fließen aus Fördermitteln, zehn Prozent werden vom Wirtschaftshof als Bauleistungen abgedeckt. Beschuldigungen, die in letzter Zeit gegenüber dem amtierenden Stadtbaumeister, Friedrich Weller, laut wurden, wies Bürgermeister Christian Heidan zurück. Weller dazu selbst: „Es geht um die Vergabe von Aufträgen in der Stadt, die ich verschieben würde“. Auch er verwahrte sich gegen die Unterstellung. Für größere Baumaßnahmen erstelle ein Planungsbüro die Ausschreibungen, die in geschlossenen Umschlägen bis zur Submission im Bauamt eintreffen. Über Zuschläge würden Bauausschuß und Parlament entscheiden.



Adorfs Bürgermeister, Christian Heidan (rechts), und SPD-Orstvereinsvorsitzender Albin Schödel begrüßten vorgestern Bundestagsabgeordnete Ingrid Matthäus-Maier im Rathaus. Foto: Dworzak